K-20

Klimakrise ist Gesundheitskrise: für ein starkes Gesundheitsschutz- und Präventionskonzept

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Lilly Aepfelbach (KV Berlin-Reinickendorf)
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

Bündnis 90/die Grünen setzen sich für folgende Maßnahmen ein, um Gesundheitsschutz und Prävention im Hinblick auf die Klimakrise zu fördern.

Für Januar 2023 plant die Bundesregierung ein Finanzierungsstabilitätsgesetz der Gesetzlichen Krankenversicherungen. **Wir setzen uns innerhalb der Koalition dafür ein, dass die Neupatient*innenregelung nicht abgeschafft wird.**

Die Neupatient*innenregelung wurde eingeführt, um mit extrabudgetärer Vergütung von vertragsärztlichen Leistungen Anreiz zu schaffen, neuen Patient*innen zeitnah eine Sprechstunde anzubieten. Bekommen Patient*innen nicht rechtzeitig einen Fachärzt*innentermin, stellen sich viele nach einiger Zeit in den ohnehin schon überlasteten Rettungsstellen vor. Zeitnahe Fachärzt*innentermine können außerdem verhindern, dass sich Beschwerden mit der Zeit verschlimmern, bis ein stationärer Krankenhausaufenthalt notwendig ist. **Durch die Klimakrise werden in Zukunft insbesondere Termine bei internistischen Fachärzt*innen gefragt sein, da Temperaturextreme regelmäßig zu extrem großen Gesundheitsbelastungen führen werden, die speziell für ältere Menschen und Personen mit gesundheitlicher Vorbelastung lebensbedrohlich werden können.** Insbesondere die Bereiche der Pneumologie und Kardiologie werden deswegen in Zukunft vermehrt in Anspruch genommen werden.

Auch die psychotherapeutischen Sprechstunden und Erstgespräche werden durch die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder vergeben. **Gerade in Krisenzeiten wie Pandemien oder nach Katastrophen wie großflächigen und zerstörerischen Hochwassern sind psychotherapeutische Leistungen auf Grund der mit diesen Ereignissen verbundenen psychischen Belastungen deutlich gefragter.** Es muss sich für Psychotherapeut*innen lohnen, Sprechstunden anzubieten und neue Patient*innen aufzunehmen.

Zudem muss die Anzahl von Notfallseelsorger*innen und in psychosozialer Notversorgung geschulten Helfer*innen erhöht werden, um von psychischen Ausnahmesituationen

betroffene
Personen möglichst schnell identifizieren und ihnen eine unkompliziert verfügbare Erstversorgung zukommen zu lassen.

Wir setzen uns außerdem im Rahmen des Finanzierungsstabilitätsgesetzes dafür ein, dass mehr Berufsgruppen, welche in bettenführenden Stationen in der Pflege eingesezt werden könnten, in die berücksichtigungsfähigen Berufsgruppen aufgenommen werden, welche durch die Pflegepersonalkosten gedeckt werden. So könnte der Personalmangel insbesondere in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie gemindert werden, wenn Berufsgruppen wie Rettungshelfer*innen, Entbindungspfleger*innen oder Arztassistent*innen, die in sinnvollem Rahmen in der Pflege eingesetzt sind, auch durch die Pflegepersonalkosten gedeckt werden können.

Wir erhöhen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch die Aufnahme von Gesundheitsbildung im länderübergreifenden Lehrplan der Grundschulen und weiterführenden Schulen. Gesundheitskompetenz beinhaltet, Symptome gängiger "Volkskrankheiten" zu kennen und identifizieren zu können und zu wissen, wohin man sich mit seinen Beschwerden wendet.

Die Klimakrise stellt eine große Belastung für viele Arbeitnehmer*innen dar. **Das Arbeitsschutzgesetz muss dringend unter dem Aspekt des Klimawandels neu diskutiert werden.** Wir fordern insbesondere mehr Schutz für Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, sowie Menschen die im Freien schwere körperliche Arbeiten verrichten. Bei anhaltenden belastenderen klimatischen Bedingungen wie Hitze und hoher UV-Einstrahlung braucht es mehr Pausenzeiten, mehr Ausweichmöglichkeiten auf alternative Arbeitsplätze (wie Homeoffice), die Verlagerung von körperlich besonders belastenden Tätigkeiten in Zeiträume mit geringerer Wärmebelastung, Luftfilteranlagen und Klimatisierung in Innenräumen. Außerdem muss der Aspekt psychischer Gesundheit im Arbeitsschutzgesetz neu evaluiert werden.

Über die betriebliche Gesundheitsförderung lassen sich für Arbeitgeber Anreize schaffen, klimafreundliche Verhaltensweisen der Arbeitnehmer*innen zu fördern, welche gleichzeitig gesundheitsfördernd sind. In die betriebliche Gesundheitsförderung könnten pflanzenbasiertes Kantinenessen, kostenlose ÖPNV-Tickets für Mitarbeiter*innen, Leihfahrräder, stressreduzierende Arbeitsmodelle (wie Homeoffice, Vermeidung von Flugreisen durch Zoom-Calls, etc.) aufgenommen werden.

Wir stärken den zivilen Bevölkerungsschutz dadurch, dass Ehrenamtliche anerkannter Hilfsorganisationen wie DRK, ASB, etc. bei Einsatz in Krisensituationen bundesweit gesetzlich verpflichtende Freistellungsregelungen in Anlehnung an die für THW und

Feuerwehr
bereits existierende Regelungen geschaffen werden. Dies schließt insbesondere die bezahlte
Freistellung der Helfenden von der Arbeit bei gleichzeitigen Lohnausgleichszahlungen an die Arbeitgeber mit ein.

Die Klimakrise und Naturzerstörung verstärken die kontinuierliche Intrusion in fragile Ökosysteme und dadurch das Artensterben sowie die Verbreitung von zoonotischen Erkrankungen
erheblich.
Wir fordern insbesondere den Ansatz der planetaren Gesundheit, sektorenübergreifend aufzugreifen, damit durch Prävention gesundheits- und umweltbezogene Schwierigkeiten zusammen angegangen werden. **Dafür sollen sowohl international durch die Convention on**
Biological Diversity, die Regulierung des internationalen Wildtierhandels, als auch durch
die nationale Verschärfung des Wald und Biodiversitätsschutzgesetzes die Risiken durch
zukünftige Pandemie gesenkt werden sollen.

weitere Antragsteller*innen

Clemens Justus Joshua Sachs (KV Berlin-Reinickendorf); Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Max Lüders (KV München-Land); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Herzog (Hannover RV); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Evelyne Hohmann (KV Berlin-Kreisfrei); Pascal Bittes (KV Merzig-Wadern); Paul Widdra (KV Berlin-Pankow); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Mina Mansouri (KV Berlin-Reinickendorf); Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf); Rosalie Ost (KV Berlin-Pankow); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.